

Für ein gelingendes Aufwachsen – Stärkung der Familie, Erziehung, Betreuung und Bildung von Kindern und Jugendlichen im Stadtteil: Erfahrungen und Perspektiven der nationalen Programmplattform „Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten“

Sehr geehrter Herr Dr. Haller, sehr geehrter Herr Brocke, meine sehr geehrten Damen und Herren, zunächst möchte ich ganz herzliche Grüße aus dem Ministerium übermitteln. Auch wenn es unüblich ist, möchte ich ausdrücklich auch Herrn Kupferschmid begrüßen, den Referatsleiter, der über viele Jahre die Arbeit getragen hat. Denn wir sehen das auch bei den anderen Projekten, über die wir heute reden werden: Es hängt immer von ganz konkreten Personen ab, ob etwas auf den Weg gebracht wird oder nicht. Und deswegen von dieser Stelle aus herzlichen Dank für die Arbeit.

Das Thema heute ist die Bilanzkonferenz der Programmplattform „Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten“. Es gibt Termine, z.B. zum Thema Arbeitslosigkeit, die sind weniger erfreulich, weil teilweise nur die ganze Hilflosigkeit zum Ausdruck kommt. Es gibt aber auch Termine, die sind erfreulich, weil sich dort zeigen lässt, dass, wenn man es richtig anpackt, sich auch etwas bewegen lässt. Und zu diesen erfreulichen Terminen gehört der heutige Tag.

Denn die Programmplattform „Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten“, die von 2000 bis 2006 umgesetzt worden ist, hat eine beeindruckende Bilanz und sie hat viele Menschen zu einem Netzwerk zusammengeführt:

- 377 Quartiersmanager/innen,
- knapp 400 Vertreter/innen von Kommunen,
- 412 Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe,
- 992 Vertreter/innen aus Kindertageseinrichtungen,
- 185 Jugendmigrationsdienste,
- 282 Vertreter/innen von lokalen Arbeitsagenturen,
- 217 Vertreter/innen von ARGE'n,
- 40 Vertreter/innen von Optionskommunen,
- und last but not least 3.250 Abonnenten/innen des E&C-Newsletters in insgesamt 392 sozialen Brennpunkten in 267 Kommunen.

Hier ist also tatsächlich ein Netzwerk entstanden, das zum einen die Kinder- und Jugendhilfe fest in den 392 Programmgebieten der „Sozialen Stadt“ verankert und zum anderen

eine große Bedeutung hat für die Bekämpfung der eigentlichen Ursachen von Arbeitslosigkeit. Ursprünglich war das Programm für 50 bis 70 Stadtteile beplant. Heute beweisen 392 Stadtteile, dass sich der Sozialraum als Methode für soziale Brennpunkte bewährt hat, dass sozialräumliches Arbeiten nicht nur in sozialen Brennpunkten, sondern generell in der Kinder- und Jugendhilfe als Fachstandard anerkannt ist, denn Aufwachsen und Erziehung findet nicht im luftleeren Raum statt, sondern findet in einem sozialen Raum statt. Und auch Werte und Normen, Einstellungen und Verhaltensweisen werden Kindern und Jugendlichen nicht zuletzt durch ihr soziales Umfeld vermittelt. Und soziale Brennpunkte, die sich auch geografisch definieren lassen, generieren eher negative Sozialisationsbedingungen.

Normalität in sozialen Brennpunkten lässt sich dadurch charakterisieren, dass staatliche Transferleistungen (u.a. Sozialhilfe) Regelein kommen sind, sozialversicherungspflichtige Beschäftigung eher die Ausnahme ist, die Bewohner/innen häufig einen Migrationshintergrund haben. Deutsch ist eine Minderheit. Es kommt zu öffentlicher Verwahrlosung, Vandalismus in Straßen, öffentlichen Gebäuden und Grünflächen, nicht selten zu Kleinkriminalität. Gewalt in öffentlichen Räumen und Schulen ist eine alltägliche Erscheinung und kulturelle Regeleinrichtungen sind kaum vorhanden.

Konsequenzen dieser Situation sind, dass Familien, die es sich leisten können, in andere Stadtteile ziehen. Der Wegzug erfolgt spätestens dann, wenn die Kinder in die Kindertageseinrichtung oder Schule kommen und die Familie dann endgültig mit der sozialen Realität des Stadtteils konfrontiert werden.

Diese Segregationsspirale führt dann dazu, dass sich die soziale Realität im sozialen Brennpunkt „negativer“ gegenüber der „anderen“ Gesellschaft entwickelt. Sozialisation in sozialen Brennpunkten kann nicht die Werte, Normen und Schlüsselqualifikation generieren, die notwendig sind, um sozial in die Gesellschaft integriert zu werden.

Eine ausreichende Voraussetzung für die soziale Integration zu schaffen, erfordert von Eltern, von Familien, von unterstützenden staatlichen Systemen, von freien Trägern immer

mehr an Anstrengung und Kompensation als in anderen Sozialisationsräumen.

Um diese „negative“ Segregationsspirale zu durchbrechen, wurde im Jahr 2000 die Gemeinschaftsinitiative der Bundesregierung und der Bundesländer „Die soziale Stadt“ initiiert. In enger Abstimmung wurde zur Mobilisierung der Ressourcen der Kinder- und Jugendhilfe gleichzeitig die Programmplattform E&C für die Gebiete der „Sozialen Stadt“ implementiert. Sechs Jahre Programm erfahrung haben nunmehr drei Kernstrategien als erfolgreich identifiziert:

- Förderprogramme und Fördermittel sind konzentriert und prioritär in sozialen Brennpunkten einzusetzen.
- Es ist notwendig, integrierte Strategien zum Einsatz von Ressourcen zu entwickeln.
- Und es ist notwendig, die Bevölkerung und auch Betroffene zu aktivieren.

Das Ergebnis ist, dass die Vernetzung und Zusammenarbeit insbesondere mit und von Behörden erhebliche Fortschritte gemacht hat und dies lässt sich auch durch die Evaluation bestätigen. Die Wirksamkeit ist ganz offenkundig.

Die Aktivierung der Bevölkerung gelingt dann, wenn sie an Entscheidungen beteiligt sind und ihre Vorstellungen ernst genommen werden. LOS – „Lokales Kapital für soziale Zwecke“ setzt dies im Rahmen eines lokalen Aktionsplanes und nach den entsprechenden fachlichen Vorgaben (z.B. berufliche Integration) um. Die Akteure im Stadtteil können konkrete Einzelprojekte selbst auswählen. Es gibt auch hier beeindruckende Erfolge. In 286 sozialen Brennpunkten wurden bislang 8.800 Mikroprojekte initiiert. Mit diesen Projekten wurden mehr als 230.000 Menschen erreicht und bei ihrer beruflichen und sozialen Integration unterstützt.

Für die kommende ESF-Interventionsperiode 2007 bis 2013 plant unser Ministerium auch ein neues Programm, das an die bisherigen Erfahrungen aus LOS anknüpft. Generell kann man sagen: Menschen aus sozialen Brennpunkten müssen als Experten/innen in eigener Sache ernstgenommen werden. Was für andere Felder der Politik und der Gesellschaft gilt, gilt hier eben auch. Man muss auch an das Potential der Menschen selbst appellieren und ihnen Chancen geben, dieses freizusetzen, dieses zu entfalten. Kinder und Jugendliche müssen als Subjekt gesehen und ernst genommen werden, nicht als Objekte, für die man etwas zu tun hat.

Kinder und Jugendliche aus sozialen Brennpunkten haben häufig Ressourcen, die unterschätzt oder nicht wahrgenommen werden. In Migrantenfamilien z.B. sind Kinder und Jugendliche oft Übersetzer und Vermittler zwischen

der deutschen Alltagswelt und ihren Eltern, wo die Eltern keinen Anschluss mehr gefunden haben. Und entsprechend schlüpfen die Jungen sehr früh in die Rolle des fehlenden oder des ausfallenden Vaters bzw. müssen die Mädchen Aufgaben der Mutter übernehmen. Kinder und Jugendliche werden in diesen Familienkonstellationen gefordert und zwar bis an den Rand ihrer Möglichkeiten. Konflikte zwischen traditionellen Rollenbildern, zwischen Traumwelten, die medial vermittelt werden, und den teilweise bitteren Rahmenbedingungen und Gefährdungen in den Stadtteilen, die sie erfahren, verschärfen letztlich die Probleme.

Mütter und Väter resignieren nicht freiwillig. Aber die Herausforderungen der Erziehung und des Aufwachsens der Kinder in solchen Stadtteilen mit unzureichenden Ressourcen und fehlender Unterstützung erhöhen die Gefahr des Scheiterns. Bürgerliche Normalfamilien in solchen Stadtteilen sind eher die Ausnahme. Es gibt Ein-Elternfamilien, heterogene kulturelle Hintergründe. Zum Beispiel sei verwiesen auf Duisburg-Marxloh, wo es 20 verschiedene Nationen gibt, die dort zusammenleben, also Menschen mit 20 unterschiedlichen nationalen Hintergründen. Arbeitslosigkeit und Krankheit sind äußerst schwierige Rahmenbedingungen für ein gelingendes Aufwachsen, für die Erziehung und für die Vermittlung von Werten und Normen.

Deshalb müssen die Initiativen der Bundesregierung in den sozialen Brennpunkten besonders nachhaltig umgesetzt werden. Und wir haben einige weitere Dinge auf den Weg gebracht, die das Ziel haben, die Integration zu erleichtern, letztlich auch die Integration, ich will es mal so sagen, in so genannte „gesunde Durchschnittsstrukturen“.

- Wir wollen bis Ende der Legislaturperiode 439 Mehrgenerationenhäuser auf den Weg gebracht haben, teilweise eben auch mit dem Ziel, das fehlende Netz der Großfamilien zu ersetzen.
- 330 lokale Bündnisse für Familien sind bereits jetzt initiiert und weitere auf den Weg gebracht.
- Wir haben eine Qualitätsoffensive gestartet für die Kindertagesbetreuung. Es geht nicht nur darum, dass Angebot auszuweiten, sondern auch die Qualität zu erhöhen.
- 400 Jugendmigrationsdienste kümmern sich speziell um die Integration von Jugendlichen mit Migrationshintergrund.

Nur wenn wir die Familien tatkräftig und nachhaltig unterstützen, sind sie in der Lage, ihre Kinder und Jugendlichen so zu fördern, dass sie bessere Chancen für ihre soziale und berufliche Integration haben. Und diese Unterstützung muss konsequent und früh ansetzen.

Deswegen sind auch freie Träger und staatliche Strukturen aufgrund der genannten negativen Rahmenbedingungen in den sozialen Brennpunkten besonders gefordert.

Zentrales Ziel ist die dauerhafte Integration aller jungen Menschen in die Gesellschaft und in den Beruf. Wenn man sich näher mit Arbeitslosigkeit beschäftigt, dann weiß man auch, dass man dort differenzieren muss. Es gibt einen Teil – ich beziehe das jetzt auf die Jugendlichen – der jugendlichen Arbeitslosen, die sicherlich dann erfasst werden, wenn es eine positive konjunkturelle Entwicklung gibt. Aber es wird auch einen erheblichen Teil geben, die auch dann nicht erfasst werden, weil Defizite vorliegen, so dass sie auf dem Arbeitsmarkt nur schwer vermittelbar sind.

Die Risiken lassen sich auch mit Zahlen benennen. 9 % der Schulabgänger/innen jeden Jahrgangs verlassen die Schule ohne jeden Abschluss. Wenn Sie sich mit der Struktur der Arbeitslosigkeit beschäftigen, wissen Sie auch, dass bei denjenigen, die einen Hochschulabschluss haben, der Anteil der Arbeitslosen eigentlich kaum gestiegen ist in den letzten 30 Jahren. Die Wartezeiten sind teilweise länger. Wenn Sie sich die ansehen, die einen Ausbildungsabschluss haben, ist die Zahl des Anteils verdoppelt worden von 3 auf 6 %, aber immerhin noch erträglich. Wenn Sie sich aber den Anteil derjenigen ansehen, bei denen der Abschluss fehlt, dann stellen Sie fest, dass es dort eine Vervierfachung und Verfünffachung der Arbeitslosigkeit gibt.

9 % – wie gesagt – verlassen die Schule ohne Abschluss. 14,9 %, immerhin 1,37 Millionen der Jugendlichen zwischen 20 und 29, haben keine abgeschlossene Berufsausbildung. Bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund sind es sogar 36,6 %. Dass das Fehlen eines Schul- oder Berufsabschlusses das Risiko der Arbeitslosigkeit erhöht, darauf habe ich schon hingewiesen. Über 60 % der arbeitslosen Jugendlichen haben keinen beruflichen Abschluss.

Das zeigt doch ganz deutlich, wo angesetzt werden kann und wo angesetzt werden muss, wenn eine Trendwende gelingen soll. Erste Belege für eine mögliche Trendwende gibt es. Wenn man sich die Zahlen bei der Jugendarbeitslosigkeit ansieht, war sie im August 2006 mit 11,9 % mehr als 3 % Prozentpunkten unter der von 2004 und 2005, dort waren es 15,1 % bzw. 15 %.

Es gibt noch eine begründete Sorge, dass nämlich von den arbeitslosen Jugendlichen fast jede/r Vierte, also 24,3 % der Jugendlichen unter 25 Jahren, länger als sechs Monate arbeitslos sind. Diese Zahl korrespondiert auch mit der Zahl, die ich eben nannte, also mit fehlender Qualifikation und fehlendem Ab-

schluss.

Es gibt nun zu Recht die Befürchtung, dass sich hier eine Problemgruppe entwickelt, die durch die herkömmlichen Programme nur schwer erreicht werden kann. Dazu zählen insbesondere Jugendliche mit Migrationshintergrund, Jugendliche aus so genannten sozial benachteiligten und bildungsfernen Schichten und Jugendliche, die andere individuelle Beeinträchtigungen haben. Und diese Jugendlichen leben vor allen in den eben beschriebenen sozialen Brennpunkten.

In der Konsequenz heißt das, dass man spätestens in der Schule anfangen muss, Schulverweigerung zu vermeiden und möglichst alle zum Schulabschluss zu führen. Das ESF-Programm unseres Ministeriums „Schulverweigerung – die 2. Chance“ mit 74 Standorten und einem Gesamtvolumen von zunächst 21,69 Millionen Euro für 1.450 „harte Schulverweigerer“, die wieder in den Schulunterricht reintegriert werden sollen, setzt dort an.

Danach, insbesondere am Übergang Schule und Beruf, steht die Unterstützung derjenigen, die von allen anderen Fördersystemen nicht mehr erreicht werden, durch so genannte Kompetenzagenturen. In der Pilotphase haben wir 15 Kompetenzagenturen auf den Weg gebracht, die auch sehr erfolgreich sind. Das lässt sich auch mit Zahlen belegen:

- Von insgesamt 5.050 Jugendlichen, die Kompetenzagenturen aufgesucht haben, wurden 2.930 (58 %) im Case-Management intensiv betreut.
- Davon gingen:
 - 31 % in Ausbildung,
 - 14 % in Erwerbsarbeit,
 - 14 % in allgemeinbildende Schulen,
 - jede/r Dritte beendete das Case-Management regulär,
 - 15 % haben abgebrochen,
 - die restlichen 55 % sind noch in Betreuung,
 - die vermittelten Jugendlichen werden im Durchschnitt 9 ½ Monate betreut.

Es ist jetzt vorgesehen und wir haben das auf den Weg gebracht, die Kompetenzagenturen auf 200 Standorte auszuweiten. Die Ausschreibung endet morgen, am 26. September. Wer seine Bewerbung noch nicht eingereicht hat, der muss gleich nach Hause fahren und das umsetzen, weil das sonst zu spät ist. Aber Sie kennen die Termine alle. Das Programmvolumen beträgt für 2006 und 2007 insgesamt 51,39 Millionen Euro. Der Start der Kompetenzagenturen ist für Dezember 2006 bis Februar 2007 vorgesehen.

Die Kompetenzagenturen zeigen, dass selbst die jungen Menschen, die aufgegeben wurden, wo man eigentlich gesagt hat, da sei „Hopfen und Malz verloren“, dass sie dann gute Chan-

cen haben, wenn sie entsprechend betreut und gefordert werden, wenn man mit ihnen gemeinsam ihre Fähigkeiten entfaltet und entwickelt. Und auch hier steht natürlich wieder im Mittelpunkt, was ich eingangs gesagt habe, es geht darum, Kinder und Jugendliche zu stärken, sie zu ermuntern, dass sie selbst ihren Weg finden. Sie müssen auch selbst wollen. Sie müssen sich engagieren. Und das, was der Staat leisten kann, das gilt nur unterstützend, kann die eigenen Anstrengungen nicht ersetzen.

Und in den sozialen Brennpunkten werden wir nur dann Erfolg haben, wenn es auch dort gelingt, Einstellungen, Werte, Normen und Verhaltensweisen zu generieren, die dieses auch tatsächlich ermöglichen. Familien benötigen in den sozialen Brennpunkten bei dieser schweren Aufgabe unsere volle Hilfe und Unterstützung.

Und ich freue mich natürlich, dass Sie in dieser Konzentration von Fachleuten die Gelegenheit wahrnehmen, dies hier abschließend zu bewerten. Und wir sind auch sehr gespannt auf die Ergebnisse, auf Ihre Einschätzung. Wir werden ja auch auf der Messe der Modellprogramme das eine oder andere präsentiert bekommen.

Unser Ziel muss sein, mit diesen Modellprojekten die Voraussetzung dafür zu schaffen, dass auch die gesetzlichen Regelwerke angepasst werden auf die Herausforderung Arbeitslosigkeit, weil ganz offenkundig es ist, dass hier früh angesetzt werden muss und dass integrierte Ansätze benötigt werden von Kinder- und Jugendhilfe und Arbeitsmarktpolitik. Hier gibt es einen engen Zusammenhang, denn Integration kann letztlich auch nur dann erfolgen und wird dann erfolgreich sein, wenn die Menschen – die jungen Bürgerinnen und Bürger – in den Stand versetzt werden, sich den Lebensunterhalt selbst zu verdienen, als selbstbewusste Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ihr Leben in die Hand zu nehmen. Und dazu sollen unsere Modelle helfen und dazu soll auch helfen, dass wir uns hier austauschen, damit die Sache weiter vorangetrieben wird.

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

Kontakt

Dr. Hermann Kues
Parlamentarischer Staatssekretär im BMFSFJ
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: 030/22777509
e-mail: Hermann.Kues@bundestag.de